

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2723

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2723](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2723)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# Nein, "zu eng" wird es nicht

Antworten der **Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs)** auf die Argumente der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) im Rahmen der Kampagne zur sogenannten "Begrenzungsinitiative", worüber wir am 27. September 2020 abstimmen werden.



- ▶ Die Einwanderung schafft Arbeitsplätze.
- ▶ Die Einwanderung trägt zur Verlangsamung der Alterung der Schweizer Bevölkerung bei.
- ▶ Die Personenfreizügigkeit hat zu einer Lohnerhöhung von 4,5% geführt.
- ▶ Die europäische Einwanderung hat einen positiven Effekt auf die Sozialversicherungen, einschliesslich der 1. Säule.
- ▶ Eingewanderte haben eine höhere Arbeitsbelastung und leisten mehr Nachtarbeit.
- ▶ Die Personenfreizügigkeit ist von der Bevölkerung gewünscht.
- ▶ Das "Zubetonieren" ist die Folge der neuen Bedürfnisse der Bevölkerung.
- ▶ Nur 1 von 3 Personen ist von Strassenstaus betroffen.



## Schaffung von Arbeitsplätzen

Gemäss den jährlichen Observationsberichten des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) wirkte sich der freie Personenverkehr unwesentlich auf die Beschäftigungssituation der SchweizerInnen aus. **Seit 2005 ist die Anzahl Erwerbstätiger um rund eine Million Personen gestiegen.** Die Beschäftigungsstatistik des Bundes zeigt zudem auf, dass die Gesamtbeschäftigung in der Schweiz seit fünfzehn Jahren ununterbrochen angestiegen ist. So wurden im letzten Quartal 2019 62'000 neue Stellen geschaffen.

**Viele Jobs, die von ZuwandererInnen ausgeübt werden, werden von SchweizerInnen abgelehnt.** So verzeichneten beispielsweise Anfang April die Schweizer Landwirtschaftsbetriebe in der Spargel- und Kartoffelernte einen Mangel an ErntehelferInnen, aufgrund der Corona-Einschränkungen an den Grenzen. Gemäss Zahlen des Schweizerischen Bauernverbandes benötigt die Schweizer Landwirtschaft jährlich 30'000 ausländische Arbeitskräfte. Kurzfristig genügend Ersatzkräfte im Inland zu rekrutieren erwies sich aufgrund der schweren Arbeit und von mangelndem Know-How als äusserst schwierig bis unmöglich.

Eine Studie der ETH Zürich und UC Davis zeigt ausserdem auf, dass **Unternehmen, welche zuvor über fehlende Fachkräfte in Forschung und Entwicklung klagten, nach der Einführung der Personenfreizügigkeit diesen Mangel decken konnten** und sogar mehr Arbeitsplätze schaffen konnten. Anfängliche Befürchtungen, dass SchweizerInnen aufgrund der Einwanderung im Rahmen des Abkommens über die Personenfreizügigkeit (FZA) aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden könnten, haben sich nicht bestätigt.



## Verlangsamung der Bevölkerungsalterung

Der Durchschnitt des jährlichen Wanderungssaldos aus EU-Ländern, um welchen es schliesslich bei der Personenfreizügigkeit auch geht, beträgt **51'000** seit der Einführung ebener dieser. In den letzten drei Jahren lag der Schnitt sogar lediglich bei 30'000 Personen. Der Hauptgrund für das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist die wirtschaftliche Konjunktur – und zwar seit dem 18. Jahrhundert. Zugenommen hat mit der FZA in der Schweiz vor allem der Anteil hoch qualifizierter Personen, **die Migration führte insgesamt zu einer wachsenden Zahl erwerbsfähiger Personen und verlangsamte in den vergangenen Jahren die Alterung der Bevölkerung in einer für die Altersvorsorge entscheidenden Phase.** Das SECO berichtet hierzu, dass Migrationsbewegungen von den Konjunkturzyklen abhängig sind. Klar ersichtlich sind eine tiefere Zuwanderung nach der Immobilienblase in den 90er-Jahren sowie der Wirtschaftskrise von 2008/9. Gleichermassen stieg die Zuwanderung gemeinsam mit dem Wirtschaftswachstum in den Jahren vor der Wirtschaftskrise. Ein Vergleich mit Referenzstaaten zeigt zudem auf, dass sich Ausländeranteile überall in einem ähnlichen Ausmass nach oben entwickelt haben. Auch ohne FZA wäre seit 2007 deshalb ein Zuwachs von mehreren Hunderttausend Personen erfolgt.

Gleichzeitig nutzten **450'000 SchweizerInnen** die Personenfreizügigkeit und können heute ohne mühsame Bürokratie in der EU leben und arbeiten.

## ► Löhne um 4,5 % gestiegen

Eine Studie der ETH Zürich und UC Davis zeigt, dass besonders in Grenzkantonen sich **das Lohnniveau von hoch qualifizierten Arbeitnehmenden sogar um 4.5 % erhöht hat** durch die FZA. Das SECO stellt fest, dass in der Periode 2008-2018 die Medianlöhne der ausländischen Bevölkerung mit einer L- oder C-Bewilligung und der Schweizer Bevölkerung um 1.2 % bzw. 0.8 % gestiegen sind. 2018 betrug der Medianlohn von Schweizer Arbeitnehmenden CHF 6873, 5.1 % über dem Medianlohn aller Arbeitnehmenden.

## ► Positive Wirkung auf die 1. Säule

**Die nationale Sozialhilfequote betrug 2018 3.2 %, jene von MigrantInnen aus EU/EFTA-Ländern betrug 2.9 %, während jene der SchweizerInnen 2.3 % betrug.** Bei diesen ähnlichen Verhältnissen ist es offensichtlich unmöglich, von Sozialschmarotzern zu reden. Die Struktur der internationalen Migrationsströme in die Schweiz hat sich in den letzten Jahren verändert. Zahlreiche Studien zeigen, dass ArbeitnehmerInnen aus der EU/EFTA deutlich besser qualifiziert und jünger sind als jene der Vergangenheit. Die Mehrheit der ZuwandererInnen (Männer: 89 %, Frauen: 80 %) sind aktiver Teil des Arbeitsmarktes und tragen somit zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Eine Studie Universität Neuchâtel zeigt zudem auf, dass eine tiefere Migration im gleichen Zeitraum sich negativ auf die 1. Säule sowie das Verhältnis zwischen Beitragszahlenden und RentenempfängerInnen ausgewirkt hätte. **Die Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum wirkt sich positiv auf die 1. Säule aus.** Bei den AHV- und IV-Renten sind die ZuwandererInnen NettozahlerInnen (Finanzierungsanteil für 2017: 26,5 %; Bezugsanteil für 2017: 15,3 %).

## ► Höhere Arbeitsbelastung und Nachtarbeit

Das SECO hält fest, dass die Erwerbsbeteiligung der zugewanderten Personen hoch ist. So sind 89 % der Männer und 80 % der Frauen, welche unter des FZA in die Schweiz eingewandert sind, erwerbstätig. **Die Zugewanderten leisten im Vergleich zu SchweizerInnen im Schnitt auch ein höheres Arbeitspensum und leisten häufiger Nachtarbeiten.** Auch bei Personen, welche aufgrund des Familiennachzuges kommen, sind 71 % der Männer und 54 % der Frauen erwerbstätig. Mit 67 % im ersten Jahr und 73 % im fünften Jahr lebt die Mehrheit der zugezogenen Familienangehörigen in einem Haushalt mit einem soliden Jahreshaushaltseinkommen von mindestens CHF 72'000. Das SECO hält diesbezüglich auch fest, dass Personen, welche in der Schweiz nicht erwerbstätig waren, unter den wieder ausgewanderten Personen übervertreten sind.

## ► Unterstützung der Bevölkerung

**Wir SchweizerInnen haben in mehreren Abstimmungen an der Urne zugestimmt, dass Personen aus EU/EFTA-Staaten in der Schweiz arbeiten dürfen,** wenn sie eine gültige Arbeitsbewilligung haben und weitere Bedingungen erfüllen. Wir geniessen umgekehrt dasselbe Recht in den EU/EFTA-Staaten. In den Jahren 2005 und 2009 stimmten wir zudem über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zu jener Zeit neuen EU-Staaten ab.

## ► Energieproduktion und -bedarf

Wenn es um die Energiesicherheit geht, so ergab sich 2019 gemäss dem SECO und der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) ein Exportüberschuss von 6,3 Mrd. kWh (2018: Exportüberschuss von 1,6 Mrd. kWh) mit einem positiven Aussenhandelsaldo von CHF 401 Mio. (2018: positiver Aussenhandelsaldo von CHF 279 Mio.). Veränderungen in der Elektrizitätsproduktion und -bedarf lassen sich nicht einfach auf eine Veränderung im Bevölkerungswachstum reduzieren. **Witterung und Wirtschaftsentwicklung** (welche übrigens klar von der Personenfreizügigkeit profitiert) **haben einen massiven Einfluss. Dank Effizienzsteigerungen sank der Stromverbrauch in der Schweiz 2019 um 0,8 %.**

## ► "Zubetonierung": neue Bedürfnisse der Bevölkerung

Ein Bericht der INFRAS (2015) zum Nutzen der Einwanderung für Schweizer Städte und für die Schweiz sieht die zunehmende "Zubetonierung der Natur" in den **neuen globalen Präferenzen an Wohnraum, welche durch die gesamte Bevölkerung verursacht wird.** Ausserdem wohnen ZuwandererInnen überwiegend in den grossen Ballungsräumen und meist in Mietwohnungen. Die Zersiedlung der ländlichen Gebiete wird also nicht von der Zuwanderung gefördert.

## ► 1,2 Mal weniger m<sup>2</sup> pro ZuwandererInnen

Nach Angaben des Bundesamtes für Statistik (2017) **belegt eine Person ohne Migrationshintergrund 1.2 Mal mehr Quadratmeter (m<sup>2</sup>) als eine Person mit Migrationshintergrund.** Für einen Haushalt mit mehr als zwei Personen sind dies das 1.4-fache an Quadratmetern. Den Ursprung des Wohnungsmangels darauf zu reduzieren, dass wir "zu viele" sind, vereinfacht eine komplexe Problemstellung, denn unsere neuen Vorlieben und Lebensstile bedeuten, dass wir auch mehr Platz pro Person beanspruchen.

## ► Mehr Einwanderer und Schweizer Beschuldigte

In Zusammenarbeit mit swissinfo hält Marcelo Aebi (Vizedirektor der kriminalwissenschaftlichen Fakultät der Universität Lausanne und verantwortlich für die jährliche Strafrechtsstatistik des Europarats) fest, dass die Schweiz weiterhin europaweit einer der niedrigsten Anteile an Gefängnispopulation im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hat (82 pro 100'000 Einwohner). Die Zahl der nicht zur ständigen Wohnbevölkerung gehörenden Gefängnisinsassen (-1.6 %) als auch die Zahl der Untersuchungshäftlinge im Asylbereich (-12.3 %) gingen zurück. **Und während die Zahl der Beschuldigten mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz (gemäss der Kriminalstatistik der Polizei 2019) seit 2012 zugenommen hat (+2.8 %), so hat auch die Zahl der Schweizer Beschuldigten zugenommen (+3.4 %).**

## ► Nur 1 von 3 Personen im Stau

**Nur ein Drittel der Bevölkerung in der Schweiz ist von diesen Staustunden betroffen.** 60-70 % der Bevölkerung standen gemäss zahlreichen Studien innerhalb der gemessenen zwölf Monaten in keinem Stau. Es ist lächerlich, den Hauptgrund einzig in der Migration zu sehen. Sie liegt vielmehr in den Unterschieden zwischen Wohn- und Arbeitsort, d.h. in der Länge der Reise und der Art des täglichen Transports (ländlich oder städtisch). Solche Fahrten, die zur gleichen Zeit stattfinden, verursachen daher Verkehrsstaus und eine Überlastung des öffentlichen Verkehrs.

Weitere Faktoren und Ursachen für Staus, die berücksichtigt werden müssen: Bevorzugung motorisierter gegenüber nicht motorisierter Verkehrsmittel, Zunahme von Unfällen und Baustellen auf den Strassen usw. **Laut dem Bericht des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) nahm die staubedingte Verkehrsüberlastung 2018 um 3.7 % ab.**

## ► Bahnstörungen: keine Verbindung mit dem FZA

Die Ursache von Störungen auf dem Schienennetz dürfte eher in der **Zunahme des Angebots, in Baustellen, im Mangel an qualifiziertem Personal, in der anspruchsvollen Wartung der Anlagen, in Unfällen mit Personen oder Naturschäden** liegen. In einer Medienmitteilung vom 10. März 2020 hielten die Schweizerische Bundesbahnen (SBB) beispielsweise fest, dass das operativ herausfordernde Jahr 2019 durch ein starkes Wachstum der Nachfrage gekennzeichnet war.

## ► Covid-19: Nicht Europas Schuld

**Es waren die Nationalstaaten, wie zum Beispiel Frankreich und Deutschland, welche die Lieferung von Medizinalgütern an der Grenze blockiert hatten.** Die EU-Kommission war es, welche die Schweiz und die restlichen EFTA-Länder von den Regeln für den Export von Medizinalgütern an Drittstaaten ausklammerte und somit die Versorgung mit Medizinalgütern sicherte. Es war auch die EU-Kommission, welche die Blockierung der Medizinalgüter an der deutsch-schweizer Grenze aufhob unter Androhung, Deutschland vor den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zu bringen. Es sollte jedoch daran erinnert werden, dass die EU keine Kompetenzen im Bereich der Gesundheit hat, da diese bei den Mitgliedstaaten bleibt.

Den **GrenzgängerInnen** war es auch nach der Schliessung der Grenzen weiterhin möglich, ihrer Arbeit in der Schweiz nachzugehen. Trotzdem sind die Infektionszahlen gesunken. Ganz abgesehen davon, dass es sich bei einer Vielzahl von GrenzgängerInnen auch um Pflegepersonal handelt, die somit an vorderster Front in der Schweiz mitgeholfen haben, die Coronakrise zu bekämpfen. *Mehr hierzu finden Sie im [Whitepaper "In Europa zuhause"](#) der Nebs ([auf unser.europa.ch](#)).*